

Dialog zwischen Kirchenleitungen und katholischen Publizisten dieser Länder – eventuell unter Einbeziehung westlicher Berater – erarbeitet werden.“

Zur Ehrenrettung der katholischen Medienleute in Osteuropa, die mit viel Idealismus, Einsatz und nicht selten für Gottes Lohn wirken, sollte festgehalten werden: Vom Ziel

eines freien und offenen Dialogs und Umgangs mit der „Welt“ und den Medien, wie es vom Konzil eindrücklich formuliert wurde, ist auch die Kirche Westeuropas noch ein weites Stück entfernt. Sie ist höchstens ein paar Schritte voraus. Nichts wäre unangebrachter als Überheblichkeit.

Josef Pumberger

Aktionismus und Egoismus

Die Lega Nord im politischen Kräftefeld Italiens

Wenn es nach dem Willen der Lega Nord unter Führung von Umberto Bossi geht, soll sich der Norden Italiens vom Rest des Landes abspalten. Trotz spektakulärer Aktionen wollen Bossi nur wenige auf diesem Weg folgen. Der Protest der Lega wirft aber ein Licht auf unbewältigte Probleme des italienischen Einheitsstaates.

Drei Tage lang demonstrierten im September (am Wochenende 13., 14., 15.) die Anhänger der italienischen „Lega Nord“ entlang des Po, von dessen Ursprung in den Piemontesischen Alpen bis nach Venedig, für „ihr“ unabhängiges Padanien. Mit einem Aufwand an künstlich erzeugten Symbolen und Mythen, wie ihn nur Politikfantasten produzieren können. An der Quelle des Po bei Pian del Rè wurde Po-Wasser in eine Ampulle gefüllt, nach Venedig transportiert und dort von einer hübschen, noch in den Kinderschuhen steckenden Maid unter Assistenz von Lega-Chef *Umberto Bossi* in die Lagune gegossen. So sollte die Einheit der „Stämme“ der neu zu schaffenden „Zisalpinischen Republik“ augenscheinlich gemacht werden.

Und man demonstrierte nicht nur, sondern schuf wenigstens auf virtuellem Wege gleich Tatsachen. Man proklamierte schon einmal prophylaktisch die Souveränität des gewünschten künftigen Staates mit einem Text (vgl. Wortlaut in „La Stampa“, 16.9.96), dessen Pathos mehr an die verbalen Leidenschaften des Südens als an nüchterne Lombarden und Venezianer erinnert. Eine provisorische Verfassung (ganze 75 Zeilen) neben einer vorläufigen Regierung mit dem ehemaligen Bilanzminister der Regierung Berlusconi, *Giancarlo Pagliarini*, an der Spitze durfte auch nicht fehlen. Aus dem bisherigen Ordnungsdienst der Lega, den bereits sprichwörtlich gewordenen „Grünhemden“, sollte die künftige Nationalgarde Padaniens hervorgehen. Eigenes Geld und alles, was sonst zu einem unabhängigen Land gehört, sollte im Zuge der Umsetzung der prospektierten Unabhängigkeit noch folgen, einschließlich einer, um auch dem soziokulturellen Sektor Genüge zu tun, eigenen Fußballnationalmannschaft.

Und – keine lichtvolle Neugründung ohne Abschwörung an das Reich des Bösen, im vorliegenden Fall an den „vermodernden“, „räuberischen“ italienischen Zentralstaat. Ursprünglich wurde geraunt, man wolle ein Autodafé veran-

stalten mit feierlicher öffentlicher Verbrennung italienischer Reisepässe. Dies war den Veranstaltern aber offensichtlich doch zu heiß; die Gebührenhefte der RAI, des staatlichen Rundfunks und Fernsehens, mußten deswegen als Ersatz erhalten, und der Ersatz war vorsichtshalber faksimiliert. Angesichts des noch vordemokratischen (faschistischen) Strafrechtsparagraphen 241, der „Attentate“ gegen den Staat mit langjährigen Haftstrafen („bis lebenslänglich“) ahndet, wollte man kein allzu großes Risiko eingehen. Die auf Halbmast gesetzte italienische Trikolore wurde allerdings trotzdem eingeholt und dafür die Lega-Fahne Padaniens gehißt – mit der keltischen Sonne als Emblem des künftigen „Sonnenstaates“ an Po und Etsch.

Befürchtungen und Erwartungen – beides war übertrieben

Dem symbolischen Aufwand entsprechen die Erwartungen. Noch am Tag vor dem Demonstrationswochenende hatte der Lega-Chef vollmundig verlauten lassen, Millionen „Personen“ würden gegen Rom aufstehen, würden mit der Lega Nord für die Sezession stimmen, und der Preis für die Regierung würde dann sehr hoch sein.

Die laute Vorauspropaganda schuf immerhin beträchtliche Unsicherheit unter den politischen Konkurrenten und medialen Beobachtern. Schwer abzuschätzen, wie stark die aktive Resonanz in der Bevölkerung nördlich und südlich des Po sein würde. Das Unbehagen an „Roma ladrona“ und unter den zugunsten des Südens vermeintlich geschröpften Steuerzahlern des Nordens ist schließlich alt und mächtig. Und seitdem die Lega am 23. April 1996 bei den Parlamentswahlen mit 10,1 Prozent im Landesdurchschnitt (mit rund 20 Prozent im Norden) wie ein Phönix aus der Asche mit ge-

waltiger Stimme in die politische Arena zurückgekehrt war (vgl. HK, Juli 1996 338 ff.), nicht als Zünglein an der Waage zwischen links und rechts, sondern als eigenständige Kraft, traute man den Mannen um Bossi wieder allerhand zu.

Vor den Wahlen hatte man – Folge des Ausstiegs aus der Berlusconi-Koalition und der Polarisierung zwischen links und rechts – die Lega außerhalb ihrer engeren Anhängerschaft kaum noch beachtet. Alles konzentrierte sich auf den Zweikampf zwischen Freiheitspol (Berlusconi) und „Ölbaum“ (Prodi, PDS). Jetzt kam in der regierenden Linken vorübergehend sogar eine Diskussion darüber auf, ob man denn in Fragen der nationalen Einheit nicht zu wenig tue, und ob es statthaft sei, den Streit um die politische Einheit Italiens der Lega und den Postfaschisten in der Alleanza Nazionale als deren selbsternanntem Hauptgegner zu überlassen.

Dankbar für nachträgliche Aufwertung

Die Befürchtungen erwiesen sich allerdings, jedenfalls was das Demonstrationswochenende von Mitte September betraf, als ziemlich überflüssig. Als Massenaufmarsch brachte das Lega-Unternehmen die staatliche Einheit der italienischen Nation nicht in Gefahr. Ganze 130 000 (davon 15 000 auf der Abschlußkundgebung in Venedig) waren nach Zählungen der Polizei dem Ruf der Lega gefolgt (vgl. „Corriere della Sera“, 16.9.96). Die Postfaschisten der Alleanza Nazionale, die nach den Enttäuschungen bei den letzten Parlamentswahlen so dringend ein Erfolgserlebnis brauchten wie die Lega, zeigten sich mit rund 150 000 Teilnehmern auf der Gegendemonstration in Mailand der Gefolgschaft Bossis uneinholbar überlegen. Ministerpräsident *Romano Prodi* konnte tags darauf in Valencia, nach spanisch-italienischen Gesprächen über die beiderseitigen Chancen eines Eintritts in die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, genüßlich feststellen, das Sezessionsunternehmen Bossis sei ein „fracasso manifesto“, also ein Flop (vgl. „La Repubblica“, 18.9.96).

Das Fiasko der Lega wäre so gut wie vollständig gewesen, hätten nicht zwei Vorgänge dazu beigetragen, das Ereignis nachträglich aufzuwerten. Der erste: Staatspräsident *Scalfaro*, seit dem Bestehen der Lega einer ihrer entschiedensten Gegner und dauerhaftester Mahner gegen alle Sezessionsgelüste, rief zwei Tage später Ministerpräsident Prodi zu sich und forderte in einer Botschaft an Senat und Abgeordnetenkammer mit Hinweis auf das verbreitete Unbehagen, das der Lega Sympathisanten zutriebe, dringend Reformen auch in Richtung von mehr Föderalismus.

Die Initiative des Staatspräsidenten fand um so mehr Beachtung, als es die erste derartige Botschaft seit Beginn der Amtszeit Scalfaros war und auch frühere Staatspräsidenten mit Ausnahme des politisch besonders extrovertierten *Francesco Cossiga* von ihrem Recht, sich durch schriftliche Botschaften ans Parlament zu wenden, jeweils äußerst sparsamen Gebrauch gemacht haben. Die Initiative des Staatspräsidenten war in der Sache höchst legitim und im Blick auf

die längst breit erwünschten, aber durch Parteienstreit dauernd verzögerten „institutionellen Reformen“ mehr als berechtigt. Durch den gewählten Zeitpunkt aber erhielten die Ereignisse am Po ein größeres Gewicht, als ihnen die Bevölkerung gegeben hatte.

Der zweite Vorgang: Ein übereifriger Untersuchungsrichter aus Verona schickte zwei Tage nach den Demonstrationen mit einem zunächst nicht einwandfreien Durchsuchungsbefehl, der per Fax nachgebessert werden mußte, die „Digos“ (politische Polizei) in die Mailänder Zentrale der Lega. Dabei kam es, da die Spitzen der Lega der Digos den Zutritt verweigerten, zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Legavertretern, bei denen der einstige Innenminister der Regierung Berlusconi und zweite Mann hinter Bossi, *Roberto Maroni*, sich ein blutiges Gesicht holte und die Ambulanz in Anspruch nehmen mußte.

Vielleicht hätten alle, die sich politisch und von Amts wegen mit den Aktionen der Lega auseinandersetzen hatten, mehr Ruhe und Zurückhaltung bewahrt, hätten sie eine wenige Tage vor der Großdemonstration veröffentlichte Repräsentativbefragung der Mailänder Bevölkerung zur Kenntnis genommen, die einen deutlichen Rückgang der Zustimmung zur Lega signalisierte und nach der nur noch 3,6 Prozent der Mailänder der von der Lega vertretenen Sezession Norditaliens das Wort redeten.

Der Lega selbst oder jedenfalls Bossi wäre in der gegenwärtigen Lage wohl kaum etwas unangenehmer als zu Kompromissen zwingende Gesprächsangebote. Ministerpräsident Prodi machte solche – und kaum etwas willkommener als die Aureole des von der Justiz „politisch“ Verfolgten. Vorsichtshalber hat der Lega-Führer schon vorweg kundgetan: über Föderalismus sei mit ihm nicht mehr zu reden, und sollte er verhaftet werden, wolle er sich zum politischen Gefangenen erklären.

Was treibt die Lega eigentlich an?

Soweit der aktuelle Stand. Wer oder was aber ist die Lega? Was ist an ihrem Aktionismus Folklore, oder wie ernst ist sie zu nehmen? Wer stützt sie, und wie erklärt sich ihre gegenwärtige Politik?

Die Wurzeln der Lega reichen in die frühen achtziger Jahre zurück. Sie sind von Anfang an an den Namen Bossi geknüpft. Dieser aus der Provinz Varese stammende, heute fünfundfünfzigjährige Selfmademan mit nachgeholtem Abitur und abgebrochenem Medizinstudium, hat ihr stets den Stempel aufgedrückt. Die Autonomiebewegung ist seit gut zwanzig Jahren sein politischer Job. Er arbeitete in den siebziger Jahren zunächst als Propagandist der „Union valdotaine“, der Sammelpartei der französischsprachigen Valdostaner, in seiner Heimatprovinz – ohne registrierbaren Erfolg. Auch mit der Gründung einer autonomistischen Zeitung („Nord-Ovest“) scheiterte er. Im April 1984 gründete Bossi mit einem Kreis die „Lega autonomista lombarda“.

Der Kampf gegen den römischen Zentralismus sollte aus seiner Sicht, nachdem der Klassenkampf sich erschöpft habe, in eine neue Zukunft führen.

Zum geschichtlichen Vorbild nahm er sich Alberto de Cusano, den Anführer einer Liga zwanzig lombardischer Städte gegen Friedrich Barbarossa, der in den Augen Bossis „der Fahnenträger des mittelalterlichen Zentralismus“ war. 1987 gelang Bossi zum ersten Mal der Sprung in den Senat und einem anderen Lega-Kandidaten die Wahl ins Abgeordnetenhaus (in das später auch Bossi wechselte). Den großen Durchbruch schaffte Bossi mit seiner Bewegung zu Beginn der neunziger Jahre. 1990 wurde seine Lega bei den Kommunalwählern in der Lombardei mit 19,4 Prozent der Stimmen zweitstärkste Partei der Region (damals noch hinter der DC).

In den Folgejahren gewann die Lega bei Kommunal- und Bürgermeisterwahlen Mehrheiten in vielen Mittelstädten und kleineren Orten der Lombardei und Venetiens, auch im Piemontesischen und mit Ablegern selbst in der Emilia. Die großen Metropolen im Norden wie in Mittelitalien (mit Ausnahme Mailands, wo aber der gegenwärtige Amtsinhaber als Kandidat der Lega kaum noch Chancen auf eine Wiederwahl im nächsten Jahr haben dürfte) werden aber ganz überwiegend von Vertretern der Mitte und der Linken regiert.

Bei den Parlamentswahlen 1992 und 1994 konnte die Lega jeweils 8,6 resp. 8,4 Prozent der Stimmen (Abgeordnetenversammlung) auf sich vereinen. Dabei profitierte sie 1994 bei den Mandaten massiv vom Wahlbündnis mit Berlusconi „Forza Italia“, so daß sie mit 123 Abgeordneten vorübergehend sogar die größte Fraktion in der Abgeordnetenversammlung stellte. Die Erfolge der Partei erklären sich zum einen aus dem rücksichtslosen Ausschalten der konstitutiven Schwächen des italienischen Staates; Politik und Verwaltung werden dabei gleichermaßen ins Visier genommen. Bossi zieht alle Register im Kampf gegen die „gefährliche“ römische Bürokratie und den „parasitären Süden“. Sein hauptsächlichster Resonanzboden sind die „produktiven“ Mittelschichten des Nordens mit Schwerpunkt im Handwerk, bei den Selbständigen und bei den Kleinindustriellen.

Zum anderen kamen dem Aufstieg der Lega zunächst die Zeitläufe entgegen. Sie konnte sich gegenüber den durch natürlichen Verschleiß und durch Korruption in Auflösung geratenen Christdemokraten und Sozialisten als treibende Kraft im Übergang in die zweite Republik darstellen.

Dies änderte sich allerdings mit dem Einstieg *Silvio Berlusconi* in die italienische Politik rasch und gründlich. Im Bündnis mit Berlusconi Neugründung Forza Italia konnte die Lega zwar ihre Haut retten, aber es blieb ihr in diesem Bündnis nur die zweite oder dritte Rolle, was sich schlecht mit ihrem populistischen Charakter vertrug.

Aus der Interessenperspektive der Lega war es deshalb folgerichtig, daß Bossi sein Bündnis mit Berlusconi bereits Ende 1994 aufkündigte. Bossi verlor dabei fast ein Viertel seiner parlamentarischen Mitstreiter; sie landeten größtenteils bei Forza Italia. Aber überleben konnte die Lega nur als eigenständige Protestbewegung – allerdings um den Preis

unaufhörlicher Radikalisierung. Nur die konsequente secessionistische Linie kann die Lega seither noch in den Schlagzeilen halten. Diese Linie war bei Bossi, wie seine Selbstbiographie (*Vento del Nord, la mia Lega, la mia vita*, Mailand 1992) zeigt, von Anfang an angelegt. Bossi führt zudem seine Bewegung extrem autoritär und bekennt sich dazu. Von parteiinterner Demokratie ist bei der Lega kaum die Rede. „Wer führt, muß in Frieden gelassen werden“ (*Vento del Nord*, S. 90). Wer sich dem Willen des Chefs widersetzt, wird ausgeschlossen. Dies demonstrierte Bossi erst jetzt wieder an der jungen ehemaligen Präsidentin der Abgeordnetenversammlung, *Irene Pivetti*, die – bislang glühende Anhängerin der Lega – den virtuellen Gang Bossis in die Unabhängigkeit Padaniens nicht mitmachen wollte.

Über ein politisches Sachprogramm verfügt die Lega nicht. Sie verbindet allein, was Protestparteien üblicherweise zusammenhält: die Kritik am Politikversagen und die populistische Pflege von Vorurteilen; im Fall der Lega das Ausspielen des „produktiven“ Nordens gegen den „räuberischen“ Rest. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß die Menschen aus dem Süden zur Steigerung der Produktivität des Nordens wesentlich beigetragen haben und umgekehrt auch der Norden beklagenswerte Zustände aufzuweisen hat – der Po gehört wohl zu den verdrecktesten Flüssen Europas –, für die er in erster Linie selbst und erst in zweiter Linie die römische Regierung verantwortlich ist.

Behindert oder begünstigt der Extremismus Bossis die notwendigen Reformen?

Bossi – eine sehr persönliche Mischung aus grünen und braunen Tönen – betreibt Politik aus dem Bauch in rotziger Sprache. Er verbindet dabei eine neuheidnische Blut- und Bodenromantik mit einer neoliberalen Wirtschaftsphilosophie der brutalsten Art. Man leugnet, Rassist zu sein, pflegt aber sorgfältig rassistische Vorurteile, sowohl gegen Zuwanderer aus Dritte-Welt-Ländern wie gegenüber den eigenen Landsleuten im Süden.

Die Kirche muß sich schon aus ureigener Verantwortung gegen beides wehren: gegen den Egoismus als politisches Prinzip und gegen die rassistisch unterfütterte Stammesmystik. Darüber hat es wie auch über die Frage der staatlichen Einheit Italiens selbst schon mehrfach heftige Auseinandersetzungen gegeben. Dabei war als kirchlicher Wortführer der Mailänder Erzbischof, Kardinal *Martini*, jeweils wegweisend (vgl. seine „sieben Regeln“ zur Unterscheidung verantwortlicher von abenteuerlicher Politik, veröffentlicht in allen Diözesanblättern, auszugsweise in „La Repubblica“, 10.9.96).

Ob das „Secessionsprojekt“ Bossis und seiner Gefolgsleute die dringend notwendigen Reformen im italienischen Staat eher befördert oder behindert, ist unabhängig von der Frage, ob die Lega es damit ernst meint oder die Secessionsforderung nur als Waffe politischer Selbstbehauptung einsetzt, nur schwer zu entscheiden.

Betrachtet man das Schicksal des Landes durch die Jahrhunderte, so erweist sich der dem Risorgimento zu verdankende italienische Zentralismus als *Verständigung an der eigenen Geschichte*. Nichts prädestinierte das in hundert Kleinststaaten und Fremdherrschaften aufgesplitterte Italien dafür. Aber gerade weil der Zentralstaat etwas dem Lande künstlich Aufgefropftes ist, befürchtet man von jeder Auflockerung, das Ganze drohe zu zerfallen. Die Verfechter des Zentralstaates könnten durch den sezessionistischen Verbalradikalismus Bossis durchaus nochmals Oberwasser gewinnen.

Die Notwendigkeit der Dezentralisierung, der Umsetzung föderalistischer Elemente in Gesetzgebung und Verwaltung, einschließlich künftiger eigener Steuerhoheit der Regionen wird in Italien zur Zeit zwar allseits gesehen und bejaht, und die gegenwärtige Regierung ist die autonomie- und föderalismusfreundlichste seit Bestehen der Republik. Aber der Weg dahin bleibt lang, und noch ist unklar, wie viele ihn überhaupt begehen wollen. Als nächster Ansatz dafür bietet sich weniger die Aufwertung der bestehenden zwanzig Regionen als eine Stärkung der lokalen Körperschaften, der Städte und Gemeinden, an.

Bereits die *Direktwahl der Bürgermeister* hat gezeigt, was Stabilität in den Kommunen bedeutet und was sich daraus an örtlicher Bereitschaft zu Selbstverantwortung entwickeln kann. Aber Italien kennt bislang keine Gemeindegeldverwaltung, die diesen Namen verdient. Und auch die gegenwärtige Regierung hat es trotz bester Absichtserklärungen bislang nicht einmal geschafft, dafür zu sorgen, daß die Sekretäre und Generalsekretäre als die eigentlichen Verwaltungschefs in den Gemeinden nicht mehr von den Präfekten, damit vom Innenministerium bestellt, sondern auf Vorschlag des Bürgermeisters vom jeweiligen Gemeinderat ernannt werden.

Und ganz unabhängig vom Gelingen oder Mißlingen kon-

kreter Ansätze stellt sich die Frage, ob die Karte Föderalismus für den Gang der Dinge in den nächsten Jahren überhaupt die entscheidende ist. Eine tief in die bestehende Gewaltenteilung eingreifende Staats- und Regierungsreform steht an. Die dafür geschaffene Zweikammerkommission („Bicamerale“), deren endgültige Konstituierung im November erfolgen soll, hat den Auftrag, bis in einem Jahr Modelle vorzulegen, über die dann 1998 endgültig zu entscheiden wäre. Dabei geht es nicht allein um eine modifizierte Kompetenzverteilung zwischen Regierung und Parlament, um die Stellung des Regierungschefs und des Staatspräsidenten (französisches oder deutsches Muster), sondern auch um eine gründliche *Reform der Justiz*, deren Politisierung zunehmend Unbehagen weckt.

Neben den überfälligen „institutionellen Reformen“, die gewiß eine Verlagerung von Kompetenzen von Rom weg einschließen muß, bleibt die Frage am vordringlichsten: Schafft Italien wider alle feststehenden Tatsachen doch noch rechtzeitig den Anschluß an die europäische Wirtschafts- und Währungsunion? Die Zustimmung zur WWU wie zu Europa insgesamt ist groß. Kaum ein EU-Land sieht die eigene wirtschaftliche Zukunft so sehr an das Gelingen der Währungsunion geknüpft wie Italien. Die Regierung Prodi hat trotz der derzeitigen Wachstumsschwäche (erwartetes Wirtschaftswachstum 1996: 1,2 Prozent) für 1997 ein Sparpaket von umgerechnet 62,5 Milliarden DM vorgelegt.

Was allerdings aus dem Sparpaket tatsächlich wird, ist noch weitgehend offen. Trotzdem setzt die Regierung Prodi unverdrossen auf Maastricht-Reife. Bei der Erreichung dieses Ziels können sie die *Altkommunisten*, die bei der Vermeidung sozialer Härten gelegentlich auch eine Hilfe sind, mit ihrem ideologisch betonierten Besitzstandsdenken weit mehr behindern als Bossi mit seinen Unabhängigkeitsfantasien.

Andrea Dallago

„Ein Raum öffentlicher Reflexion“

1335 Fragen zum Religionsunterricht an Professor Werner Simon

In den neuen wie in den alten Bundesländern ist der Religionsunterricht Gegenstand einer Debatte über seine Grundlagen, Strukturen und Aufgaben. Nach ihrer jüngsten Vollversammlung veröffentlichten die deutschen Bischöfe eine ausführliche Stellungnahme zur Konfessionalität des katholischen Religionsunterrichts (vgl. ds. Heft, S. 591). Zum Zusammenhang der in Ost- und in Westdeutschland geführten Diskussion befragten wir den Mainzer Religionspädagogen (und früheren Theologen an der Berliner Freien Universität) Werner Simon. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Professor Simon, der Religionsunterricht an staatlichen Schulen erweist sich in den neuen Bundesländern als ein in mehrfacher Hinsicht schwieriges Gebiet kirchlicher Präsenz, nicht nur in Brandenburg. Aber auch in den alten Bundesländern steht es um den Religionsunterricht nicht

zum besten. Manche plädieren gar für den Rückzug der Kirche aus der Schule und für die Konzentration auf die gemeindliche Katechese. Wo ist es gegenwärtig um den Religionsunterricht eigentlich prekärer bestellt, in Ost- oder Westdeutschland?